

Notstand der Republik

Zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik (Februar 2011)

Bundespolizei, BKA, Zoll –der Aufbau des Reichssicherheitshauptamts

Seit der Weltwirtschaftskrise und insbesondere in der Phase der Depression wächst die Zahl der Streiks der Arbeiter in den imperialistischen Ländern, nehmen die Revolten der Völker gegen den niedergehenden Imperialismus zu, der der Arbeiterklasse, den Werktätigen, den Bauern keinen Ausweg innerhalb der Ausbeuterordnung bieten kann. Er ist historisch überlebt. Zugleich versucht er verzweifelt, seine Herrschaft durch die immer offenere und gewaltsame Unterjochung der Unterdrückten im eigenen Land und der Völker der Welt zu verlängern. Die Stärkung des Gewaltenapparats in den imperialistischen Hauptländern gehört zugleich zu den Maßnahmen der Imperialisten, die den kommenden Weltkrieg zwischen den Imperialisten um die Neuaufteilung der Staaten der ehemaligen Sowjetunion, der Staaten Osteuropas, Chinas vorbereiten. Die Niederhaltung der Arbeiterklasse im eigenen Land ist zwingende Notwendigkeit seiner Kriegsvorbereitungen. Schon zweimal endete der letzte Ausweg des Imperialismus im Gegenteil: Im Sturz des Imperialismus und der Befreiung großer Gebiete des Erdballs, angeführt vom Proletariat und seiner Avantgarde.

Das deutsche Monopolkapital ist erneut gezwungen, den Staatsumbau voran zu treiben, wie er schon einmal vor dem II. Weltkrieg von ihm vorangetrieben wurde. Für den kommenden Weltkrieg müssen die Monopole die Polizeiapparate zentralisieren und mit dem Militär immer mehr verzahnen. Die neuesten Maßnahmen der herrschenden Klasse hat das Innenministerium der Berliner Annexionsregierung vorgelegt: Die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und Teile der Zollpolizei werden zusammengelegt, verzahnt. Neu ist das nicht in der Geschichte des deutschen Imperialismus. Anfang 1939 begann der Aufbau des Reichssicherheitshauptamts, das beim Überfall auf Polen im September 1939 installiert war. Auch dort zentralisierte der Staatsapparat seine Gliederungen wie das Reichskriminalamt, die Sicherheitspolizei, die Geheime Staatspolizei.

Zur Täuschung der Arbeiter und des Volkes legte eine scheinbar unabhängige Kommission „Vorschläge“ vor, die der Innenminister „prüft“ und im wesentlichen umsetzt. Diese sogenannte „Werthebach-Kommission“ mit Vertretern der wichtigsten Teile des Polizeiapparats wie dem BKA, der Generalbundesanwaltschaft, des Zoll, der Polizeihochschule hat ihren Bericht vorgelegt. In ihrem Beirat sind die Leiter der Bundespolizei, des BKA etc. selbst vertreten und natürlich auch – deswegen wird die Vernebelung der Kommissionen ja gemacht – der Vorsitzende der „Gewerkschaft der Polizei“ im DGB (Konrad Freiberg) und der Fachbereichsleiter Bund Länder von verdi (Klaus Weber). Welche „Gewerkschafter“ sind das, die sich für den Aufbau eines verbotenen, von den Alliierten aufgelösten, verbrecherischen Sicherheitshauptamts einspannen lassen oder gar einsetzen? Die einzige Antwort eines ganz normalen Gewerkschafters hätte doch nur die sofortige Informierung seiner Mitglieder, die Mobilisierung gegen den verbrecherischen Staatsumbau in Richtung Reichssicherheitshauptamt sein können; ohne daß jemals ein Gewerkschafter den Fuß in solche Kommissionen reinsetzt (Das gilt für sämtliche Kommissionen wie der Hartz-Kommission, der Weizsäcker-Kommission zur Bundeswehr, der Weise-Kommission zum stehenden Heer, in denen Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter an das Monopolkapital verkaufen. Organe der Arbeiterklasse sind dies wahrlich nicht. Diese aber gilt es aufzubauen gegen den Staatsumbau, für den Kampf gegen den Imperialismus, für eine Welt der Arbeiter. Das wird ohne den Rauswurf der Feinde der Arbeiterklasse wie den

Freibergs und Webers aus den Gewerkschaften nicht möglich sein). Wahrscheinlich war es nur ein Zufall, daß die Kommission zu ihrer ersten Sitzung am 20. April 2010 zusammentrat. Bezeichnend aber, daß kein Kommissionsmitglied der Ansicht war, am Tag des Führergeburtstags vielleicht doch lieber nicht die konstituierende Sitzung abzuhalten.

Die meiste Macht erhält die Bundespolizei durch die anstehende Zentralisierung. Das ergibt sich schon aus der zahlenmäßigen Stärke. Die Bundespolizei hat 40.000 Mann unter Waffen, das BKA (Bundeskriminalamt) 5.500. Diese mächtige Bundespolizei greift seit ihrer verbotenen Gründung als BGS (Bundesgrenzschutz) die Länderpolizeien an, was der eine oder andere aus dem Bürgertum mit ein paar Bauchschmerzen registriert, wie Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung: *„Die Geschichte der Bundespolizei alias Bundesgrenzschutz ist die Geschichte des ständigen Ausbaus von Kompetenzen, die mit den Notstandsgesetzen von 1968 begann: Der Bundesgrenzschutz übernahm den Küstenschutz und den Objektschutz von Bundeseigentum, er wurde zur Begleitung von Demonstrationen herangezogen; das war für die Länder praktisch, effektiv und preiswert. Also hatten sie fürs Erste nichts dagegen. Als aber nach dem Wegfall der innerdeutschen Grenze und dem Abbau der Binnengrenzen in der EU der Grenzschutz Kapazitäten frei hatte, übernahm der Bund flugs die Bahnpolizei sowie die Sicherung der Flughäfen und des Flugverkehrs. ... Seitdem also gibt es eine Bundespolizei, obwohl das Grundgesetz klipp und klar sagt: Die Polizei ist Ländersache. Ursprünglich waren Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt nur ausnahmsweise zuständig, für Sonderaufgaben und zur Unterstützung der Länder. Doch die Ausnahmen wurden immer zahlreicher. ... Mit gewisser Zwangsläufigkeit rutschten immer mehr Kompetenzen zur Bundespolizei...“* (SZ 9.12.2010) Viel mehr aber ist vom Bürgertum gegen den Aufbau eines weiteren illegalen, gegen das Grundgesetz und das Völkerrecht verstoßenden, nach dem Vorbild der Organisation des Hitlerfaschismus aufzubauenden Staatsapparat nicht zu vernehmen. Was die Westalliierten gestatteten und im Grundgesetz niedergeschrieben wurde, nämlich eine Landespolizei auf westdeutschem Boden zu haben und eine Geheimpolizei nicht zu haben, wird per Staatsumbau-Diktat aufgehoben und im Grundgesetz belassen. Das Bundesverfassungsgericht wird daran nichts ändern. Immer und immer wieder ist den Arbeitern anhand des Staatsumbaus in allen seinen Bereichen klar zu machen: Weder Parlament noch Bundesverfassungsgericht vertreten die Interessen der Arbeiter und des Volks, weil sie Machtorgane des Kapitals sind und die Arbeiter ihre eigene Organe aufbauen müssen.

Die Bundespolizei hat sich schon jetzt sämtliche Länderpolizisten untergeordnet. Nämlich jene im Einsatz gegen andere Völker. In den Auslandseinsätzen führt schon jetzt die Bundespolizei die Polizisten der Länder. Mit dem Aufbau eines Sicherheitshauptamts wird die Bundespolizei die Polizeien der Länder entmachten, Schritt für Schritt. Der nächste Schritt besteht darin, den Organisationsaufbau der Bundespolizei so zu ändern, daß auf die Polizeien der Länder schneller und besser zugegriffen werden kann, um große Teile von ihnen durch die Bundespolizei zu okkupieren. Dazu schreibt die Werthebach-Kommission über Bundespolizei und BKA auf S. 25: *„Danach sollten die Polizeien des Bundes in einem überschaubaren Zeitraum eine Struktur erhalten, wie sie der Aufbauorganisation der Länderpolizeibehörden der Länder entspricht. Die Bundespolizei (neu) erhielte eine kriminal- und eine schutzpolizeiliche Komponente.“*

Aufgebaut wird eine Okkupationstruppe von Polizeisoldaten, eine paramilitärische Geheimpolizei mit 45.500 Mann gegen die Arbeiter und Völker für die Interessen des deutschen Imperialismus. Immens vergrößert wird dieser Machtapparat durch die Unter- und Einordnung der Länderpolizeien. Hunderttausende Polizisten der Länder werden dann mit Waffen gerüstet, die sie als Länderpolizeien nicht besitzen und einsetzen dürfen.

Ihre Aufgaben sind klar: Bekämpfung der Arbeiterorganisationen im eigenen Land, in Europa und der Welt, Bekämpfung von Aufständen gegen die Zinseintreiber der Deutschen Bank, Teil der Weltkriegsvorbereitung. Abwehr von Spionage in Armee, Rüstungsbetrieben etc., Sabotage und Zersetzung in anderen Ländern, Bekämpfung von Staatsfeinden, Grenzkontrolle, Post- und Telefonüberwachung gehörten zu den Aufgaben des RSHA (Reichssicherheitshauptamts) und sie stehen heute erneut auf der Tagesordnung des deutschen Staates. Schon heute ist die Bundespolizei mit seinem Kooperationspartner THW in Griechenland genauso stationiert wie in den Staaten der ehemaligen Volksdemokratien in Osteuropa etc.

Verstärkt wird die Macht der Bundespolizei, indem Teile der Zollpolizei in gemeinsame Zentren mit der neuen Bundespolizei verzahnt werden. Zur Erinnerung: Der Zoll macht Jagd auf einen Teil der Arbeiterklasse in der BRD und der annektierten DDR, nämlich auf alle, die dem Mindestlohn unterliegen wie auf dem Bau und andern Branchen.

War die Loslösung der zentralen politischen Polizei aus dem Innenministerium, die 1939 im RSHA eingegliedert wurde, wichtiger Bestandteil des Aufbaus des zentralen Staatsapparats der deutschen Polizei, so wird von der Werthebach-Kommission eine Stärkung des Bundespolizeipräsidiums, also eine weitere Verselbständigung des Polizeiapparats gegenüber dem Innenministerium, verlangt. Bekanntlich hat die Monopolbourgeoisie sich den Staatsapparat untergeordnet und übt ihre Herrschaft nicht über das Parlament, sondern den Staatsapparat aus, dessen Umbau ihre Macht verstärkt. Die Stärkung der Macht der Monopole wird erneut Milliarden Euro verschlingen, die das Proletariat und das Volk bezahlt mit Milliarden aus den Arbeiterkassen, mit der weiteren Ruinierung der Städte und Kommunen, mit der weiteren Plünderung der Staatskasse, die die Umverteilung des Nationaleinkommens für das Finanzkapital organisiert. Verarmung und Kulturlosigkeit sind Ergebnisse auch des Staatsumbaus, der diese Barbarei verfestigen soll. Ob und wie der Monopolbourgeoisie das gelingt, liegt ausschließlich am Proletariat, seiner Organisation für die Revolution und seiner Führung gegenüber dem demokratischen Kleinbürgertum.

Zeigt der Aufbau des Sicherheitshauptamts einerseits die Nähe des Weltkriegs, so birgt der Staatsumbau große Schwächen der Bourgeoisie in sich, die die Arbeiterklasse erkennen und nutzen muß. Mit dem Umbau der Polizeien, dem Umbau der Bundeswehr in ein stehendes Heer, mit dem Aufbau der sozialen Stütze Heimatschutz baut die Bourgeoisie etwas ab (z.B. ein eigenständiges BKA, den Militärapparat der Wehrpflichtigen, die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze) – ohne das andere schon aufgebaut zu haben. Die Arbeiterklasse und das Volk könnten natürlich mehr erreichen, würden sie diese Schwäche nutzen, die in den nächsten ein bis zwei Jahren besteht.

Bei der Agitation gegen den Aufbau eines Sicherheitshauptamts dürfen die klassenbewussten Arbeiter selbstverständlich nicht nur vor der Kriegsgefahr warnen. Viel mehr ist auf Arbeiterversammlung auch darüber zu sprechen, was daraus folgt. Daraus folgt, daß die Polizei ein Machtapparat der Monopole gegen die Arbeiterklasse ist, den die Arbeiter nicht für ihre Zwecke in Bewegung setzen können. Daß der Staatsapparat ihr das Essen vom Tisch frißt, die Bildung ihrer Kinder verschlingt und die Städte unbewohnbar macht. Daß die Staatsmacht der Arbeiterklasse eine andere ist, die die Fabriken schützt, die die Kultur zum Aufblühen bringt, die eine Welt ohne Ausbeutung aufbaut und die Produktivkräfte von ihren Fesseln für die ganze Menschheit befreit. Daß also die Polizei der Arbeiterklasse die Macht der Arbeiter durch die Räte ist, die kein bürokratischer, vom Proletariat abgeschiedenes Machtorgan ist, sondern die Macht der Arbeiterklasse selbst, deren Kosten äußerst gering sind.

Kampfeinsatz im Landtag

Von Rüdiger Göbel

Gespentische Szenen am Freitag im niedersächsischen Landtag in Hannover: Während Feldjäger und Polizei Kriegsgegner, darunter gewählte Parlamentarier, draußen auf Abstand halten, werden im Plenarsaal von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg 250 Soldaten mit Tschingderassabum und Nationalhymne in den Krieg verabschiedet. An der Seite des Freiherrn Generalmajor Markus Kneip, Kommandeur der 1. Panzerdivision, die seit diesem Monat als sogenannte Leitdivision die Führung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr innehat. »Ihre Einsätze sind in ihrer Wichtigkeit kaum zu beschreiben«, rief der Minister den in Sonntagsuniform in den Landtag eingerückten Soldaten zu. Die Situation in Afghanistan dürfe man nicht »weichzeichnen«, sondern müsse sie klar als Krieg benennen.

Ginge es nach Guttenberg, sollten die Truppen künftig immer aus dem Plenarsaal heraus ins Einsatzgebiet geschickt werden – neben Afghanistan nach Bosnien-Herzegowina und in den Kosovo. Noch ist Niedersachsen das einzige Bundesland, das ein solches »Festakt« genanntes Spektakel inszeniert. Die »Feier« am Freitag war die fünfte ihrer Art. Guttenberg dankte dem Bundesland für diese »schöne, bewährte Tradition«. An ihr sollten sich andere ein Beispiel nehmen. »Es wäre schön, wenn das Schule machen würde«, so der Bundesminister.

Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister und Landtagspräsident Hermann Dinkla (beide CDU) überreichten – wie in einem schlechten Hollywood-Film – Generalmajor Kneip, jeweils eine Landesflagge für den Einsatz. »Kommen Sie heil nach Hause, wir brauchen sie«, zitierte die Nachrichtenagentur ddpd den Regierungschef. Den Uniformen im Parlament hatten neben Vertretern der CDU und FDP auch Abgeordnete von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Reverenz erwiesen. Einzig die reservierten Plätze für Die Linke blieben leer. Deren Abgeordnete protestierten vor dem Landtag mit Friedensaktivisten gegen die Verlängerung des Krieges. Am Ausrollen eines Transparents mit der Aufschrift »Friedenstauben statt Soldaten nach Afghanistan« wurden sie gewaltsam durch Polizei und Feldjäger gehindert.

»Wir wollen, daß sich die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan zurückzieht«, erklärte der niedersächsische Landesvorsitzende der Linkspartei, Manfred Sohn. »Wir wollen, daß die dort eingesetzten niedersächsischen Soldaten und Polizisten gesund und lebendig in unsere Heimat zurückkommen und nicht im Zinksarg, verletzt, gewalt-gewöhnt oder traumatisiert. Dort werden weder der Frieden noch Frauenrechte verteidigt, sondern deutsche Großwahninteressen.« Besonders betroffen zeigte sich der niedersächsische Linke-Chef über die Bereitschaft der SPD, der Verlängerung des Kriegseinsatzes im Bundestag Ende des Monats abermals zuzustimmen: »Die SPD hat ihre Wurzeln zur Friedenspolitik Willy Brandts gekappt. Sie bleibt – was wir furchtbar finden – Kriegspartei.« Ernüchternd sei auch, daß die Grünen weiterhin erwägen, der Mandatsverlängerung zuzustimmen oder sich im Bundestag wie im Vorjahr der Stimme zu enthalten. Die Frage Krieg oder Frieden sei »einer Enthaltung nicht zugänglich«, so Sohn.

Junge Welt, 15.1.2011

Hessen und Bundeswehr kooperieren bei politischer Bildung

Wiesbaden, 04.11.2010, Pressestelle Kultusministerium Hessen.

Das Hessische Kultusministerium und das Wehrbereichskommando II haben am 4. November 2011 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in der die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Jugendoffizieren an hessischen Schulen festgelegt werden. Die Jugendoffiziere sollen den Schülerinnen und Schülern Fragen der Sicherheitspolitik und damit verbundene Aufgaben der Bundeswehr näher bringen.

SKUkdo

Sachsen und Bundeswehr kooperieren bei politischer Bildung

Dresden, 22.12.2010, Wehrbereichskommando III.

Das sächsische Staatsministerium für Kultus und Sport und das Wehrbereichskommando III (WBK III) in Erfurt haben am 21. Dezember 2010 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in der die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Jugendoffizieren und sächsischen Bildungseinrichtungen festgelegt wurden sind. Die bundesweit achte Vereinbarung ist für Mitteldeutschland die Erste ihrer Art, weitere sollen folgen.

SKUkdo